

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr
Ende der Sitzung: 20.30 Uhr

Nr.: XIII/4/20

Teilgenommen haben:

Frau Marcella Dammrat-Tiefensee
Frau Beatrix Eißer
Herr Kevin Helms
Herr August Kötter
Herr Oliver Otwiaska
Frau Claudia Vormann
Frau Gesa Wessolowski-Müller

Verhindert sind:

Frau Nina Braun (i.V. Herr Kevin Helms)
Herr Ingo Steinhaus (i.V. Herr August Kötter)
Herr Janos Sallai

Gäste:

Herr Steinhardt - SG Findorff e.V., Vorstand
Herr Zeyfang - Sportamt, Leitung
Herr Fritschen - Recyclinghof Findorff, Leitung
sowie interessierte Bürger: innen

Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen:

TOP 1: Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr.: XIII/3/20 vom 03.11.2020

**TOP 3: Fuchsbau – Informationen zum Projekt
Dazu: Herr Zeyfang (Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport/Sportamt)
Herr Steinhardt (SG Findorff)**

**TOP 4: Darstellung des Recyclinghofes Kissinger Straße (Tätigkeiten, Verfahren, Ziele, Unterschiede zur Recyclingstation)
Dazu: Herr Fritschen (Leiter Recyclinghof)**

**TOP 5: Umbenennung des „Skater-Platzes“ auf der Bürgerweide – Prozess der Namensfindung
Diskussion im Fachausschuss**

TOP 6: Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten

TOP 7: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

TOP 1: Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschuss ist beschlussfähig. Die Tagesordnung wird wie vorab versandt beschlossen.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr.: XIII/3/20 vom 03.11.2020

Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

TOP 3: Fuchsbau – Informationen zum Projekt

Herr Steinhardt berichtet zur aktuellen Situation.

Es bestehen im Wesentlichen zwei Probleme:

- Ab einer gewissen Investitionssumme werden auch private Bauherren behandelt wie öffentliche Träger und müssen erhöhte Verwaltungsaufgaben erfüllen. Dieses ist für die SG Findorff als eingetragenen Verein auf ehrenamtlicher Basis nur schwer umsetzbar.
- Die wirtschaftliche Tragfähigkeit ist derzeit ebenfalls schwierig. Bisher konnte durch die Senatorin für Kinder und Bildung keine Zusage für ausreichende Anmietungen der Halle für den Schulsport zugesagt werden. Die Baukosten sollen und können nur bis zu einer gewissen Höhe auf die Mitgliedsbeiträge umgelegt werden und sollen eine Erhöhung von 2,00€ monatlich pro Mitglied nicht übersteigen. Ohne die Einnahmen aus der Vermietung sind die Baukosten nicht zu tragen. Ohne feste Zusage der Vermietungen ist das Risiko, die Einnahmen nicht zu erlangen, zu hoch.

Der Verein hatte das Projekt ausreichend vorbereitet und alle Auflagen erfüllt. Im Jahr 2018 wurde jedoch die Richtlinie Bau neu aufgestellt und ist sehr komplex. Im Vergleich zum TuS Huchting muss bedacht werden, dass dort auch Bundesmittel eingesetzt werden konnten. Das Sportamt alleine verfügt nach Aussage von Herrn Zeyfang nicht über die Mittel, den Bau der Halle zu finanzieren, zumal der große Teil der Mittel des Amtes bereits anderweitig gebunden sind. Die Zuständigkeit für den Bau neuer Schulsporthallen liegt bei den Senatorinnen für Kinder und Bildung und für Soziales, Jugend, Integration und Sport. Der Bedarf für neue Hallen wird insbesondere im Bremer Westen und in Horn gesehen. Es werden regelmäßig verschiedene Bundesmittel bereitgestellt. In der Regel müssen aber gleichzeitig Landesmittel bereitgestellt werden, was für 2021 nicht vorgesehen ist. Da die Einzelheiten für den Haushalt 2022/23 bereits jetzt festgelegt werden, müsste eine Rückfrage des FA WIKIS kurzfristig erfolgen.

Für die nächste Sitzung des FA Kinder und Bildung im Februar 2021 wurde die Teilnahme eines/r VertreterIn der Senatorin für Kinder und Bildung in Aussicht gestellt. Bis zu diesem Termin sollen daher die Informationen zusammengetragen und ein entsprechender Antrag präziser formuliert werden.

TOP 4: Darstellung des Recyclinghofes Kissinger Straße (Tätigkeiten, Verfahren, Ziele, Unterschiede zur Recyclingstation)

Herr Fritschen erläutert die Aufgabenaufteilung zwischen dem Recyclinghof und der Recyclingstation, die sich die Gebäude und den Außenbereich an der Kissinger Straße teilen. Die Recyclingstation ist für die „klassischen“ Aufgaben der Stadtreinigung zuständig, also für das Sammeln und Verwerten von Abfällen/ Wertstoffen.

Der Recyclinghof übernimmt auch die Verwertung der abgegebenen Dinge, hat aber einen anderen Schwerpunkt und übernimmt zudem noch die Aufgaben des Quartiersservice und der Nachbarschaftshilfe. Dabei wird der Recyclinghof von der Gröpelinger Recyclinginitiative (GRI) betrieben und beschäftigt insgesamt ungefähr 50 MitarbeiterInnen, davon 24 im Rahmen eines „Ein-Euro-Jobs“, 16 in Maßnahmen nach § 16 i SGB II (Teilhabe am Arbeitsmarkt) sowie im Rahmen von Sozialstunden und 10 Festangestellte. Der Schwerpunkt liegt auf der Integration der MitarbeiterInnen in den Arbeitsmarkt. Die Kosten werden anteilig durch das Jobcenter getragen, müssen aber auch selbst erwirtschaftet werden, zum Beispiel im angeschlossenen Laden oder durch die Unterstützung bei Haushaltsauflösungen.

Wenn die Stadtreinigung die Recyclingstation schließt, wie zum Beispiel im Frühjahr aufgrund der coronabedingten Vorgaben, darf der Recyclinghof zwar weiterarbeiten, aber laut Abfallgesetz nicht die Aufgaben der Station übernehmen und Abfälle oder Wertstoffe annehmen. Spenden für den Recyclinghof können auch bei geschlossener Station abgegeben werden.

Reduzierte Öffnungszeiten hätten für den Recyclinghof voraussichtlich die Folge, dass ein Großteil der Kunden wegbleiben würde. Das würde zu einem massiven Einbruch bei den Erlösen aus dem Laden führen. Für die „Ein Euro-Jobber“ würde mit der reduzierten Stundenanzahl das Einkommen deutlich verringert werden, so dass diese Beschäftigten sich nicht mehr rentieren würden. Ohne die Beschäftigten ist aber der Betrieb als solcher kaum durchzuführen. Es gibt hinreichend Aufgaben, so dass die MitarbeiterInnen grundsätzlich mit mehr Stunden beschäftigt werden könnten. Diese müssten jedoch gezahlt werden, damit das Projekt sich trägt. Kontakt und Wiedereingliederung sind zwar die hauptsächlichen Ziele des Projektes, dennoch müssten die finanziellen Verluste möglichst geringgehalten werden. Mit Personalabbau ist nicht zu rechnen. Entweder der Recyclinghof trägt sich oder er muss geschlossen werden.

Der Fachausschuss bekräftigt den Wunsch nach dem Weiterbestehen des Recyclinghofes und betont die Wichtigkeit der fußläufigen Erreichbarkeit einer Station im Bremer Westen. Herr Fritschen bestätigt, dass der Großteil der BesucherInnen mit dem Rad oder zu Fuß ankommt. Derzeit wird eine Unterschriftenaktion vorbereitet, die im Januar durchgeführt werden soll. Dieser Aktion wird sich der Ausschuss gegebenenfalls anschließen. Das Thema wird spätestens in der nächsten Sitzung des Ausschusses erneut angesprochen.

TOP 5: Umbenennung des „Skater-Platzes“ auf der Bürgerweide – Prozess der Namensfindung Diskussion im Fachausschuss

Der aktuelle Stand des Verfahrens wird besprochen. Leider konnte bisher nicht geklärt werden, welche Behörde tatsächlich zuständig ist. Die Anfrage des Ortsamtes wird zwischen verschiedenen Stellen hin und hergeleitet.

Mit Mitgliedern des Arbeitskreises „Erinnern an den März 1943“ wird über die Auswahl eines Namens gesprochen. Bevorzugt sollte die Benennung nach einer Frau erfolgen. Der Fachausschuss begrüßt den Vorschlag, dass es sich möglichst um einen Namen aus dem Personenkreis der im Dritten Reich verfolgten Sinti und Roma handeln soll. So wäre auch der Zusammenhang mit dem an dieser Stelle bereits errichteten Mahnmal gut hergestellt. Die Fraktion der LINKEN hatte bereits einen Vorschlag (Benennung nach Rudolf Jacobs) eingereicht, erklärt aber die Rücknahme des Antrags.

Der Fachausschuss will die Idee in die Fraktionen mitnehmen und über Namensvorschläge beraten. Das Thema soll in der nächsten Sitzung wieder aufgerufen werden. Die Fraktionen werden gebeten, Vorschläge bis zum 15.02.2021 einzureichen. Auch der Schlachthof soll in das Projekt einbezogen werden.

TOP 6: Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten

- Globalmittelvergabe Branchenführer:

Da der Antragsteller sich kurz vor Beginn dieses Tagesordnungspunktes von der virtuellen Sitzung abgemeldet hatte, wird das Thema nur kurz angesprochen. Das Ortsamt wird gebeten, zu einigen Punkten um eine Rückmeldung zu bitten.

- Baumarkt im Bremer Westen

Die FDP hatte einen Antrag auf den Wiederaufbau eines Baumarktes im Bremer Westen eingereicht. Da an der Sitzung kein Vertreter der FDP teilnimmt, wird das Thema nur kurz behandelt und soll in der nächsten Sitzung wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Grundsätzlich ist sich der Fachausschuss einig über die Unterstützung eines solchen Antrages. Es sind jedoch noch inhaltliche Details zu klären wie z. B. ob es in der Umgebung ein passendes Gelände gibt, ob ein entsprechender Markt sich gegebenenfalls auch mit einer kleineren Fläche zufriedengeben würde und welche Pläne es für die Stadtentwicklung gibt.

TOP 7: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

- Stadtteil-ManagerIn der Findorffer Geschäftsleute e.V.

Die Findorffer Geschäftsleute befinden sich derzeit in einem Verfahren zur Einstellung einer/s Stadtteil-ManagerIn. Dieses Projekt wird aus öffentlichen Geldern gefördert. Bisher hat es keine Einstellung gegeben. Der Prozess ist noch in Arbeit. Die Vorsitzende der Findorffer Geschäftsleute erklärt, dass sie das Projekt gerne in einer späteren Sitzung vorstellt, sobald es weitere Details gibt. Ideen oder Wünsche für die Ausgestaltung der Stelle oder die Aufgaben können gerne den Geschäftsleuten mitgeteilt werden.

Vorsitz/Protokoll:

Sprecherin:

- Christina Contu -

- Beatrix Eißer -